

TICKER Beilage zu **STICHWORT BAYER 1/19**

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

Jahrestagung 2018

Die Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) am 27. Oktober 2018 begann standesgemäß mit einem Ständchen zum 40. Geburtstag, dargeboten von Lars-Ulla Krajewski. Auch der Kölner Publizist Werner Rügemer gratulierte der CBG am Anfang seines Vortrages, „dass sie 40 Jahre durchgehalten hat“, bevor er sich „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vornahm. Dabei beleuchtete er vor allem den Machtzuwachs der Finanz-Industrie im Allgemeinen und den des Investment-Fonds BLACKROCK im Besonderen. Als Phönix aus der Asche der letzten Finanzkrise emporgestiegen, hält die Gesellschaft mittlerweile Anteile an fast jedem großen Konzern und bestimmt deren Geschicke maßgeblich mit. Überdies organisiert sie über ihre in Steuer-Oasen angesiedelten Tochter-Firmen eine systematische Kapital-Flucht, so Rügemers Befund. Der Wirtschaftspublizist Hermannus Pfeiffer holte anschließend weit aus und zeichnete im Schnelldurchlauf entscheidende Phasen der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis hin zur Jetztzeit nach. Das Zeitalter der Globalisierung hat seinen Zenit überschritten, lautete seine Diagnose für die Gegenwart, die er darüber hinaus durch die wachsende Bedeutung der Eigenkapital-Rendite und die zunehmende Fixierung der Unternehmen auf Dienstleistungen statt auf Produkte gekennzeichnet sah. Jan Pehrke von der CBG konnte in Bezug auf BAYER nicht bloß Letzteres bestätigen. So träumt der Agro-Riese davon, den Landwirt*innen mit Hilfe der Segnungen der digitalen Landwirtschaft nicht mehr nur schnöde Insektizide und Herbizide, sondern das Gesamtpaket „das saubere Feld“ zu verkaufen. Zudem hat das Unternehmen mit dem Brexit und Trumps „America First!“ das Rollback des Freihandels voll erfasst. Auch die von Werner Rügemer skizzierte Entwicklung ging Pehrke zufolge nicht an dem Leverkusener Chemie-Multi vorbei. Frühzeitig schon stellte sich der Global Player, bei dem BLACKROCK die Nr. 1 unter den Anteilseignern ist, auf die Bedürfnisse der Fonds ein. Bereits in der Diskussion nach den Ausführungen Rügemers zu dem Investment-Riesen tauchte die Frage „Was tun?“ auf und stellte sich fortan immer wieder. CBG-Urgestein Axel Köhler-Schnura ging diese in seinem Schluss-Referat systematisch an. Der „Aktivismus im 21. Jahrhundert“ lautete sein Thema. Ausgehend von dem über 40 Jahre hinweg angesammelten Erfahrungsschatz der Coordination und den politischen Veränderungen seit 1978 widmete er sich neuen Protest-Formen wie dem von Computer-Spezialist*innen betriebenen ethischen Hacken, sprach jedoch auch die Schwachpunkte gegenwärtigen politischen Engagements wie etwa dessen Unverbindlichkeit an. Schließlich benannte der Diplom-Kaufmann ein Essential, das den neuen und den alten Aktivismus verbinden sollte: Eine umfassende gesellschaftliche Veränderung anzustreben. Viel Input gab es also an diesem Oktober-Samstag. Das sorgte für lebhaftes und manchmal durchaus auch kontrovers geführte Diskussionen. Das hielt die nun schon in ihren 40ern steckende CBG aber jung – und die vielen anderen Jahrestagungsteilnehmer*innen hoffentlich auch.

CBG schreibt Torquato Jardim

Der neu gewählte, extrem rechte brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat angekündigt, hart gegen die Landlosen-Bewegung

MST vorzugehen, wenn er im Januar 2019 sein Amt antritt. Unterdessen leistet die Regierung Temer schon einmal Vorarbeit. Sie will nämlich das Projekt „Quilombo Campo Grande“ plattmachen. Im Jahr 1998 hatten 450 Familien, die keinen Grund und Boden besaßen, das Areal einer pleitegegangenen Zuckerrohr-Plantage besetzt und dort ökologischen Landbau betrieben. Damit soll jetzt Schluss sein. Aber es gibt Widerstand gegen die Pläne. So hat ein brasilianischer Kooperationspartner der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) eine Brief-Kampagne organisiert. Er fordert dazu auf, sich an den brasilianischen Justizminister Torquato Jardim zu wenden und an ihn zu appellieren, die rechtlichen Schritte gegen die Öko-FarmerInnen zu stoppen. Die Coordination hat sogleich reagiert und Jardim ein Schreiben zukommen lassen.

Vortrag zu Pharma-Lieferketten

Das „Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.“ initiiert alljährlich einen „Runden Tisch Bayern“ zu Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen. Da dieses Mal die Lieferketten von Big Pharma den Schwerpunkt bildeten, hatte das Netzwerk die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gebeten, den Einführungsvortrag zu halten. Die Coordination kam der Einladung gerne nach. Und so berichtete Jan Pehrke vom CBG-Vorstand unter dem Titel „An der Lieferkette von BAYER, NOVARTIS, ROCHE & Co.: Die Pharma-Sweatshops in Indien und China“ über die Risiken und Nebenwirkungen der globalisierten Pillen-Produktion wie Umweltverschmutzung, Verbreitung von Antibiotika-Resistenzen und Zunahme von Lieferengpässen bei Medikamenten. Die Veranstalter hatten sich auch bemüht, eine/n Vertreter/in der Arznei-Industrie für den Runden Tisch zu gewinnen, aber dort wollte niemand aus der Branche Platz nehmen.

Interview zum Mega-Deal

Die Risiken und Nebenwirkungen der MONSANTO-Übernahme zeigten sich für BAYER schon bald nach dem offiziellen Vollzug der Transaktion. Der erste Schadensersatz-Prozess in Sachen „Glyphosat“, der für den Agro-Riesen in erster Instanz mit hohen Strafzahlungen endete, ließ angesichts weiterer 9.300 Klagen den Aktien-Kurs einbrechen. Traf das den Konzern unvorbereitet? Was steht im Kleingedruckten des Kaufvertrages? Welche Rolle spielten Investment-Gesellschaften wie BLACKROCK bei dem Geschäft? Wiesen sie dem Leverkusener Multi am Ende etwa die Rolle einer Bad Bank zu? Über diese und andere Fragen sprach die Publizistin Gaby Weber für ihren Film „Wie MONSANTO die Risiken auf BAYER abwälzte“ mit den beiden CBG-Vorständen Axel Köhler-Schnura und Jan Pehrke. Auf *YouTube* ist das Werk zu sehen (<https://www.youtube.com/watch?v=k9FStdsAeJY>). Um genaueren Aufschluss über die Umstände des Mega-Deals zu erlangen, will Weber zudem auf juristischem Weg eine Offenlegung der Dokumente erzwingen.

Vandana Shiva vs. BAYER

Im Mai 2018 hatte die bekannte indische Saatgut-Aktivistin Vandana Shiva im Rahmen der Proteste zur BAYER-Hauptversammlung an einer Diskussionsrunde teilgenommen. Sechs Monate später nun traf sie nun direkt auf den Konzern in Gestalt von Norbert Lemken. Und das ging nicht gut für den Manager aus, der im Berliner Lobby-Büro des Leverkusener Multis für den

Agrar-Bereich zuständig ist. „Im Gegensatz zu Lemken gelingt es Shiva, ihre Argumente anschaulich, prägnant und mit Bezug zu wissenschaftlichen Quellen zu vermitteln“, fasst die *taz* das Gespräch zusammen. Auch die Gentechnik-Kritikerin selber hatte sich mehr von dem Bayer-Mann erwartet: „Ich hatte mir von ihm zumindest etwas Inhalt erhofft, aber es kam mir doch vor wie ein ziemliches Greenwashing-Geschwafel.“ Sichtlich gezeichnet bekundete Lemken am Ende des Tages: „Es war für mich eine der schwersten Veranstaltungen.“ Die Dialog-Bereitschaft, die der Global Player seit einiger Zeit signalisiert, um aus dem tiefen Börsen-Tal nach dem Glyphosat-Fall zu kommen, scheint ihn noch tiefer in den Schlamassel zu reißen.

Hauptversammlung: Der Muster-Prozess

Mit Verweis auf eine angebliche Terror-Gefahr versuchte der BAYER-Konzern im Jahr 2017, sich die Proteste rund um seine Hauptversammlung möglichst weit vom Leib zu halten. So positionierte er etwa vor dem Eingang zum Bonner World Conference Center (WCCB) ein riesiges Zelt, weil Sicherheitskontrollen seiner Meinung nach nur in einem solchen Vorbau möglich seien. Die zuständigen Behörden übernahmen die Gefahren-Einschätzung des Leverkusener Multis und die daraus abgeleiteten Maßnahmen unbesehen. Sie konfrontierten die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unmittelbar vor dem Aktionär*innen-Treffen sogar noch mit weiteren, das Versammlungsrecht beschneidenden Auflagen. Da diese die Kundgebung gefährdeten, schaltete die Coordination die Gerichte ein. Die Richter*innen kassierten dann auch in den Eilverfahren sieben der acht Anordnungen, nur das Zelt fand ihre Gnade. Die CBG ließ die Sache danach aber nicht einfach auf sich beruhen. Sie wollte verhindern, dass das Beispiel Schule machen kann. „Bonn 2017“ sollte auf keinen Fall den Charakter eines Präzedenz-Falles mit Auswirkungen auch auf Aktionsformen anderer kritischer Gruppen annehmen. Deshalb reichte die Coordination Feststellungsklagen zur Überprüfung der in den Schnell-Verfahren ergangenen Urteile ein. Sie musste dabei zweigleisig vorgehen und Prozesse sowohl gegen die Stadt Bonn als auch gegen die Polizei als „Hüterin“ des Versammlungsrechts führen. Die erstere hat nämlich mit der Erlaubnis der Straßensperrung den Weg für die Verbarrikadierung des WCCB-Eingangsbereichs eröffnet und die zweite daraus eine Auflage gefertigt und noch weitere erlassen. Das Verfahren Nr. 1 fand Ende Januar 2018 vor der 18. Kammer des Kölner Verwaltungsgerichts statt, in deren Aufgaben-Gebiet das Verkehrsrecht fällt. Sie mochte sich aber nicht mit „der Erlaubnis zur Durchführung einer Straßensperrung“ befassen. Die Angelegenheit dürfe nicht unter dem Gesichtspunkt des Straßenverkehrsrechts, sondern müsse unter dem des Versammlungsrechts betrachtet werden, lautete der Befund. Die Richter*innen beriefen sich dabei auf den juristischen Fach-Terminus der Konzentrationswirkung und wiesen die Klage ab. Also ging es Ende November 2018 vor die 20. Kammer, die sich dem Versammlungsrecht widmet. Diese aber erklärte sich aber ebenfalls für nicht zuständig. Sie lehnte es deshalb ab, der Klage stattzugeben und schob den Schwarzen Peter wieder der Straßenverkehrskammer zu. Die Versammlungsbehörde sei an die Regelungsverfügung der Stadt bezüglich der Straßensperr-Erlaubnis gebunden und könne an Platz für Aktionen dann nur noch vergeben, „was noch da ist“, meinte die Kammer. Die CBG

ist also mit einer simplen Kundgebungsanmeldung in einen anscheinend äußerst komplexen juristischen Sachverhalt geraten. „Dass eine Behörde nicht weiß, was die andere tut, haben wir noch nicht gehabt“, so einer der Richter. Urteile zur Klärung der Zuständigkeiten in diesem Bereich gibt es bisher noch nicht, die Coordination betritt hier also juristisches Neuland. Umso wichtiger, dieses Feld zu vermessen – stellvertretend für alle, die Proteste auf die Straße tragen. Die Anträge auf Berufung liegen beiden Kammern bereits vor.

Offener Brief zum EU-Forschungsplan

BAYER & Co. behagt das Vorsorge-Prinzip nicht, da dessen prophylaktischer Ansatz nach Meinung der Konzerne der schnellen Zulassung ihrer neuen Produkte im Wege steht. Deshalb arbeiten die Multis eifrig daran, diesem das Innovationsprinzip an die Seite zu stellen. „Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Menschen aus Angst vor Risiken die Chancen gar nicht erst wahrnehmen wollen“, mahnte einst etwa der ehemalige BAYER-Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers. Und sein Nachfolger Werner Baumann trägt den Stab weiter. So verlangt er, dass auf EU-Ebene „alle neuen Gesetze auf ihre Folgen für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft sinnvoll überprüft werden müssen“. Scheinheilig gibt er das als „Ergänzung“ des Vorsorge-Prinzips aus. Der Druck von Seiten der Industrie bleibt dabei nicht ohne Wirkung. So gelang es dem Leverkusener Multi in Tateinheit mit anderen Unternehmen, den Begriff in den Entwurf des neuen EU-Forschungsrahmenplanes „Horizon Europe“ zu schmuggeln. Dem wachsamem BUND fiel das auf. Der Verband brachte sogleich Protest-Maßnahmen auf den Weg und initiierte einen Offenen Brief, zu deren Mitunterzeichnern die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zählt. Die erste Hürde hat das Innovationsprinzip trotzdem schon nehmen können: Es gehört zum „Horizon Europe“-Verhandlungsmandat des EU-Parlamentes. Ein Antrag auf eine Streichung fand nicht genügend Stimmen.

Manifest zu Zulassungsverfahren

Eine Koalition verschiedener Organisationen, zu der auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gehört, hat die Europäische Union in einem Manifest dazu aufgefordert, die Verfahren zur Genehmigung neuer Pestizide zu reformieren. Die „Citizens for Science in Pesticide Regulation“ verlangen unter anderem, Agro-Chemikalien nur zuzulassen, wenn BAYER & Co. negative Auswirkungen für Mensch, Tier und Umwelt zweifelsfrei ausschließen können. Überdies treten die Gruppen dafür ein, den Einsatz der Substanzen als letztes Mittel anzusehen und die Landwirt*innen dazu anzuhalten, zunächst Produkte auf biologischer Basis zu verwenden. Zudem dringt das Bündnis darauf, die Sicherheitsprüfungen nicht mehr den Konzernen selber zu überlassen und diese Aufgabe stattdessen unabhängigen Einrichtungen zu übertragen. Darüber hinaus sollten nach Ansicht der Organisationen keine Expert*innen mit Industrie-Verbindungen mehr an der Risiko-Bewertung von Glyphosat & Co. mitarbeiten dürfen. Schließlich muss es den Citizens zufolge gründlichere Prüfungen geben, solche nämlich, die nicht nur die reinen Inhaltsstoffe, sondern auch die anderen „Zutaten“ in den Blick nehmen und Effekten auf das Hormon-System ebenso nachspüren wie Kombinationswirkungen. „Die oben aufgelisteten Reformen wür-

den zu einem höheren Schutz-Niveau für Gesundheit und Umwelt führen“, heißt es in dem Manifest zur Begründung. Einen Erfolg konnte es schon verbuchen: Einige der Punkte fanden Aufnahme in den Abschlussbericht des EU-Sonderausschusses zu den Pestizid-Zulassungsverfahren.

Krebsmittel in der Kritik

Krebs-Medikamente wie die BAYER-Präparate NEXAVAR, XOFIGO und STIVARGA kosten Unmengen, verlängern das Leben der Patient*innen im Höchstfall jedoch um zwei bis drei Monate – und das auch nur um den Preis zahlreicher Nebenwirkungen. Deshalb mahnte Josef Hecken, der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) von Mediziner*innen, Krankenhäusern und Krankenkassen jetzt Handlungsbedarf an. „In Zukunft müssen neue Wirkstoffe schlechter bewertet werden, wenn keine Angaben zur Lebensqualität vorliegen“, forderte Hecken. Auch Johann-Magnus von Stackelberg vom „Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen“ (GKV) kritisierte den Umgang mit NEXAVAR & Co. „Insbesondere Arzneimittel gegen Krebs werden immer öfter ohne finale klinische Prüfungen zugelassen.“ Und die eigentlich obligatorische Nachlieferung von Daten zum Nutzen/Risiko-Verhältnis unterbleibt ebenfalls allzu oft, so von Stackelberg.

Irrweg Pestizide

Die Toxikologin Anita Schwaier, die des Öfteren mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kooperiert, hat zusammen mit einer im Umweltschutz aktiven Künstlerin die Ausstellung „Irrweg Pestizide“ konzipiert. Im Oktober 2018 kam diese in die Höhle des Löwen: nach Leverkusen zum BAYER-Stammsitz. Die örtliche NABU-Gruppe hatte die Schau dorthin geholt, weil die Stadt nach der MONSANTO-Übernahme durch den heimischen Konzern ein „echtes Image-Problem“ habe, so der Vize-Vorsitzende der Umwelt-Organisation, Rainer Morgenstern. Sogar Umweltdezernent Alexander Lünenbach kam zur Eröffnung in die Stadtbibliothek. Er erhoffte sich von der Ausstellung Anregungen zu einer „kontroversen Diskussion“. Eine Sensibilisierung für das Problem leiste hier einen konstruktiven Beitrag zur Debatte, den die Stadt brauche, so Lünenbach dem *Leverkusener Anzeiger* zufolge. Die Ausstellung zeigt auf dreizehn Tafeln sowohl die negativen Folgen des Einsatzes von Pestiziden in der konventionellen

Landwirtschaft als auch die politischen Hintergründe, die einen Wechsel zu agrar-ökologischen Methoden so schwer machen. Dazu werden zehn Strategien des ökologischen Landbaus vorgestellt, die das Begleitheft noch näher erläutert. Das alles stößt auf viel Resonanz: Inzwischen wandert die Ausstellung in drei Exemplaren durch die Republik und wurde sechsmal verkauft.

BDEW fordert Wasser-Abgabe

In unseren Gewässern finden sich immer mehr Arzneimittel-Rückstände. Mit den herkömmlichen Verfahren können die Wasserwerke die Pillen-Reste nicht herausfiltern. Deshalb steht schon länger die Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Diskussion. Das erfordert allerdings hohe Investitionen. Auf 37 Milliarden Euro schätzt der „Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft“ (BDEW) die Kosten. Deshalb verweist er auf das Verursacher-Prinzip und verlangt eine finanzielle Beteiligung von BAYER & Co. an den Aufwendungen. Eine vom BDEW in Auftrag gegebene Studie prüfte dazu als Möglichkeiten eine Arzneimittel-Abgabe sowie einen von den Pharma-Unternehmen einzurichtenden Fonds und plädiert für Letzteres. Beides kann aber nach Ansicht der Autor*innen nur eine Notlösung sein. „Am effektivsten ist es, den Schadstoff-Eintrag zu vermindern und vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Falls dies nicht möglich ist, sollten zumindest die Schadstoff-Verursacher in die Pflicht genommen werden und die Kosten tragen“, lautet ihr Resümee. Das schwebte zunächst auch CDU und SPD vor. Aber die entsprechende Passage flog aus dem Koalitionsvertrag. Jetzt heißt es dort lediglich: „Die Abwasserabgaben-Regelung wollen wir mit dem Ziel der Reduzierung von Gewässer-Verunreinigungen weiterentwickeln.“

Giegold gegen BAYER & Co.

In seiner Bewerbungsrede für die Nominierung zum grünen Spitzenkandidaten für die Europa-Wahlen im Frühjahr 2019 kündigte der EU-Parlamentarier Sven Giegold an, es BAYER & Co. in Brüssel schwermachen zu wollen. Der Politiker – Jahr 2017 Referent auf der Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN – führte dafür auch ein ganz persönliches Motiv an. Sein Sohn leidet nämlich an einer Krankheit, für die Wissenschaftler*innen die Industrie-Chemikalie Bisphenol A verantwortlich machen. Die Zähne des 2-Jährigen haben nicht genügend Festigkeit und zersetzen sich langsam. Und genau einen solchen Effekt auf Gebisse beobachteten Forscher*innen in einem Experiment mit Bisphenol. Bis zu 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr stellte der Leverkusener Multi einst von dieser Substanz her. Jetzt fertigt es seine Tochter-Gesellschaft COVESTRO, an welcher der Konzern noch rund sieben Prozent der Anteile hält.

Corporate Hall of Shame

Für die Aufnahme in die „Corporate Hall of Shame“ stehen jedes Jahr neu solche Konzerne zur Wahl, die ihre Profit-Jagd besonders rücksichtslos betreiben. Und zu den von der Initiative CORPORATE ACCOUNTABILITY Nominierten zählt heuer auch der Leverkusener Multi. „BAYER treibt die Monopolisierung im Saatgut- und Chemie-Bereich durch die Übernahme von MONSANTO weiter voran und droht so noch weitere kleine und von Familien betriebene Bauernhöfe aus der ganzen Welt vom Markt zu fegen“, heißt es zur Begründung.

1978 40 2018
JAHRE
WIDERSTAND GEGEN
KONZERNMACHT

IG FARBEN & HEUTE

Gedenken an Euthanasie-Opfer

Die vom Leverkusener Multi mitgegründeten IG FARBEN haben nicht nur das Zyklon B für die Tötung der Juden im „Dritten Reich“ geliefert. Der Mörder-Konzern hatte auch für die Euthanasie, der mehr als 100.000 behinderte oder psychisch kranke Menschen zum Opfer fielen, den passenden Rohstoff im Angebot. Er stellte für die „Aktion T4“ – benannt nach der Berliner Adresse des Planungszentrums für den Massenmord, das sich in der Tiergartenstr. 4 befand – das Kohlenmonoxid zur Verfügung. Seit 2014 steht auf dem Grundstück der ehemaligen Zentraldienststelle T4 ein Gedenk- und Informationsort, und am 31. Januar 2018 fanden sich dort viele Menschen ein, um an die Toten zu erinnern.

KONZERN & VERGANGENHEIT

1968 schweres Jahr für BAYER & Co.

Zur Zeit der Studentenbewegung sahen sich die bundesdeutschen Konzerne zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte umfassendem Gegenwind ausgesetzt, wie Dr. Bernhard Dietz in einem *Faz*-Essay konstatiert. Der Verweis auf das Wirtschaftswachstum reichte um 1968 herum nicht mehr aus, um BAYER & Co. eine sakrosankte Position zu verschaffen. TV-Magazine wie *Report* oder *Panorama* veröffentlichten kritische Beiträge, und dem damaligen Präsidenten des „Bundesverbandes der deutschen Industrie“ (BDI), Fritz Berg, platzte da schon einmal der Kragen. „Ich meine, dass da überhaupt noch Fernseher da sind und nicht die Gläser eingeschmissen sind, kann ich nicht verstehen“, gab er zu Protokoll. Besonders der *Panorama*-Leiter Peter Merseburger hatte es ihm angetan, nur vor dem letzten Schritt schreckte Berg zurück: „Aber ich kann ihn nicht totschießen; das geht nicht.“ Der „Arbeitskreis Presse“ des BDI konstatierte derweil „Bösartigkeit“ und „Arroganz“ in der Medien-Berichterstattung und verlangte vom Verband, Druck auf die Verleger zu machen. Aber die Unternehmen versuchten auch, sich auf ihre Gegner*innen einzustellen und sich ihnen gegenüber rhetorisch zu wappnen, um aus der Defensive zu kommen. „Marxismus für Manager“ stand auf den Lehrplänen von Fortbildungseinrichtungen, während das „Deutsche Industrie-Institut“ den Wirtschaftslenker*innen die „Taktik der Selbstdarstellung und Selbstbehauptung in Podiumsdiskussionen und vor Massenmedien“ vermittelte. Die „Auseinandersetzung mit der Linken“ stand dort ebenfalls auf dem Programm. Und der Leverkusener Multi zeigte sich sehr angetan von diesen Lehrangeboten: Er nahm sie damals ins Programm seiner innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen auf.

ERSTE & DRITTE WELT

Indien: Antibiotika ohne Zulassung

In keinem anderen Land der Welt haben Antibiotika-Resistenzen ein so starkes Ausmaß angenommen wie in Indien. Dies liegt nicht nur an dem immensen Absatz dieser Präparate in dem

Staat, sondern auch an der einheimischen Produktion. Die – an der Lieferkette von BAYER und anderen Konzernen hängenden – Werke leiten nämlich die dank mangelhafter Umweltauflagen kaum gereinigten Rückstände der Arznei-Fertigung in die Flüsse und Gewässer ein und sorgen bei den Krankheitskeimen so für einen Gewöhnungseffekt (*SWB* 4/17). Bei den über die Ladentische gehenden Antibiotika kommt erschwerend hinzu, dass 64 Prozent davon niemals ein Genehmigungsverfahren durchlaufen haben, wie die im *British Journal of Clinical Pharmacology* (doi: 10.111/bcp.13503) veröffentlichte Studie von Patricia McGettigan und ihrem Team ergab. Auch BAYER, ABBOTT, SANOFI und andere Pharma-Riesen bieten solche Mittel an. McGettigan kritisierte BAYER & Co. deshalb scharf: „Die multi-nationalen Unternehmen sollten erklären, warum sie in Indien Produkte verkaufen, die in ihren Heimatländern und oft noch nicht einmal in Indien eine Zulassung besitzen.“

POLITIK & EINFLUSS

BAYER spendet Trump 400.000 Dollar

Der Leverkusener Multi hat die Republikaner bei den US-amerikanischen Zwischenwahlen Anfang November 2018 mit 400.000 Dollar unterstützt und zeigte sich damit für die Senkung der Unternehmenssteuern und den Kahlschlag bei den Umweltauflagen erkenntlich. 182.000 Dollar überwies er selber, 218.000 seine Tochter-Gesellschaft MONSANTO. Mehr Wahlkampf-Hilfe für Trump & Co. leistete kein bundesdeutsches Unternehmen. Das erbrachten Recherchen der Tageszeitung *Die Welt* auf der Basis von Zahlen des „Center for Responsive Politics“ (CRP). Da die Firmen in den USA nicht direkt an Parteien spenden dürfen, gründen sie sogenannte Politische Aktionskomitees (PACs). Diese sammeln unter leitenden Angestellten und Geschäftspartnern Geld und unterstützen so die Politiker*innen. Deshalb meint der Leverkusener Multi, die „milden Gaben“ zu einer reinen Privatsache erklären zu können: „In den USA (...) nutzen einige Mitarbeiter das ‚Bayer Corporation Political Action Committee‘, um Kandidaten für politische Ämter durch private Spenden zu unterstützen.“ Sheila Krumholz vom „Center for Responsive Politics“ lässt diese Darstellung nicht gelten. „Obwohl das Geld von den einzelnen Beschäftigten kommt, sollte ein PAC dem Unternehmen zugeschrieben werden, denn das Unternehmen steuert es“, so die CRP-Chefin. Die BAYER-Tochter MONSANTO zeigt sich im Umgang mit ihrem „MONSANTO Citizenship Fund“ (MCF) dann auch offener: „Der MCF unterstützt Kandidaten, die mit MONSANTOs politischen Zielen konform gehen, ohne Berücksichtigung der persönlichen politischen Präferenzen der Manager des Unternehmens.“

Streit um Glyphosat-Ausstieg

Ende 2017 setzte sich der damalige Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) über einen Koalitionsbeschluss hinweg und bescherte dem Herbizid Glyphosat so bei der entscheidenden Abstimmung in Brüssel eine Zulassungsverlängerung um fünf Jahre. Deshalb kann die jetzige Bundesregierung über Anwendungsbeschränkungen für das Mittel, das die Weltgesundheits-

organisation als „wahrscheinlich krebserregend“ einstuft, nicht hinausgehen. Über die Frage, wie einschneidend die Maßnahmen ausfallen sollen, streiten Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner jedoch. Während die Schmidt-Nachfolgerin BAYERs Verkaufsschlagener nur für den Privat-Gebrauch verbieten und den Landwirt*innen die Nutzung weiterhin gestatten will, wenn sie ihre Äcker nicht pflügen können und es auf ihren Arealen Rückzugsräume für Vögel gibt, plädiert Schulze für strengere Vorgaben. Sie beabsichtigt, den Bauern und Bäuerinnen das Spritzen des Mittels auch vor der Saat, zur Reife-Beschleunigung und zur Behandlung von nachwachsenden Stoppeln zu untersagen. Darüber hinaus plant sie eine Änderung des Genehmigungsverfahrens für Glyphosat und andere Pestizide: Wer weiterhin die Artenvielfalt gefährdende Agro-Chemikalien verwendet, der muss mindestens zehn Prozent seiner Felder als gift-lose Ausgleichsfläche für Insekten und Vögel bereithalten. Obwohl nicht wenige Kritiker*innen sich noch strengere Maßnahmen gewünscht hätten, protestierte BAYER umgehend. „Leider ist die Debatte um Glyphosat in Deutschland von politischen Interessen statt von fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt“, meinte Konzern-Manager Helmut Schramm und warnte vor Wettbewerbsnachteilen für die hiesigen Landwirt*innen bei Umsetzung der Vorstellungen von Svenja Schulze. „Wer für mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist, müsste sich für Glyphosat einsetzen, anstatt den Ausstieg zu fordern“, behauptet er allen Ernstes. Julia Klöckner äußerte sich ebenfalls distanziert zum Schulze-Vorstoß. Deshalb dürfte dieser in seiner Gesamtheit kaum Chancen auf eine Realisierung haben, denn das letzte Wort in Sachen „Glyphosat“ hat das der Landwirtschaftsministerin unterstehende „Bundesamt für Verbraucherschutz“.

BAYER gegen Transparenz

Nach der umstrittenen Entscheidung vom Dezember 2017, die Zulassung für das von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestufte Glyphosat um fünf Jahre zu verlängern, gelobte die EU Besserung. Sie versicherte, künftig einen offeneren Umgang mit den Risiken und Nebenwirkungen der Pestizide pflegen zu wollen, und arbeitete eine entsprechende Verordnung aus. Diese sieht vor, Studien zur Gefährlichkeit einer Agro-Chemikalie in Zukunft sofort zu veröffentlichen. Zudem räumt das Regelwerk Brüssel das Recht ein, auch eigene Forschungen veranlassen zu können, um sich nicht mehr allein auf die Untersuchungen der Hersteller verlassen zu müssen. BAYER protestierte umgehend. „Die Verantwortung für die Beauftragung und die Finanzierung von Studien sollte vollständig bei den Firmen bleiben“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Der Lobby-Verband der europäischen Ackergift-Produzenten, die European Crop Protection Association (ECPA), pflichtete dem bei – aus Tierschutz-Gründen. Solche Parallel-Aktionen würden doch nur zu unnötigem Tier-Leid führen, erklärte die Vereinigung. Auch wer wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Tierversuche generell ablehnt, kann eine solche Argumentation nur scheinheilig finden. Gegen die frühzeitige Offenlegung der Expertisen wehrte sich die ECPA ebenfalls. Sie befürchtete „unangemessenen politischen Druck“ und brachte zudem wieder den Universal-Einwand der Unternehmen gegen mehr Transparenz in

Anschlag: das Betriebsgeheimnis. Aber es half alles nichts. Das EU-Parlament stimmte den neuen Regelungen zu. Allerdings muss der Europäische Rat noch sein Ja-Wort geben. Und ob der das tut, steht dahin. Die Bundesregierung hat nach Informationen der *taz* noch keine eindeutige Position zur Transparenz-Offensive.

Berlin schützt Geschäftsgeheimnisse

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat schon so einige leidige Erfahrungen mit BAYERs Geschäftsgeheimnissen machen müssen. So weigerte sich der Leverkusener Multi im Jahr 2008 unter Berufung auf ebendiese erfolgreich, Einblick in den damals mit der Universität Köln geschlossenen Forschungscooperationsvertrag zu gewähren. Auch auf den Hauptversammlungen nutzt er gern diese Ausrede, um Fragen zu den Verkaufszahlen umstrittener Produkte unbeantwortet zu lassen. Nichtsdestotrotz fördert die EU diese Geheimniskrämerei der Konzerne noch weiter. In der Richtlinie „über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb und rechtswidriger Nutzung und Offenlegung“ erklärt sie jede Information für sakrosankt, deren Veröffentlichung den Unternehmen zu ökonomischem Schaden reichen könnte. Vergeblich appellierte der Whistleblower Antoine Deltour, der den LuxLeaks-Steuerkandal aufgedeckt hatte, an die Europäische Union, das Vorhaben zu stoppen. Auch die Kritik von Journalist*innen-Verbänden und Gewerkschaften fand kein Gehör. Und die Bundesregierung geht in ihrem Entwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2016/943 in deutsches Recht sogar noch über die Regelungen Brüssels hinaus. Der DEUTSCHE GEWERKSCHAFTSBUND sieht dadurch die Betriebsratsarbeit gefährdet und protestiert scharf. „Problematisch ist, wem die Deutungshoheit eingeräumt wird: Unternehmer und Manager sollen selbst entscheiden, was ein Geheimnis ist. Das kann eine Software zur Manipulation von Abgasen sein, aber auch Informationen über geplante Entlassungen oder eine Werkschließung“, so Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau*. „Das Gesetz droht zu einem Maulkorb für Beschäftigte und ihre Interessensvertreter zu werden“, warnt sie.

Das BAYER-MONSANTO-Gesetz

Das argentinische Saatgut-Gesetz von 1973 erlaubt LandwirtInnen eine freie Verwendung ihrer Saaten. Das stört die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO schon lange, zumal sie in dem Land keine Patente auf ihre Gen-Pflanzen besitzt. Deshalb sann die Regierung unter Präsident Mauricio Macri auf Abhilfe, was sofort zu Protesten führte. „Dies ist nicht der erste Versuch, das argentinische Gesetz gemäß der Vorschläge der Konzerne zu ändern, und es ist Teil einer globalen Offensive, die das Ziel verfolgt, das Saatgut, das die Grundlage aller Nahrungsmittel-Ketten ist, unter die Kontrolle der Unternehmen zu stellen“, heißt es in einem Aufruf gegen das „BAYER-MONSANTO-Gesetz“. VIA CAMPESINA, GRAIN, HAPITAR ARGENTINA und die 65 weiteren Organisationen, die das Dokument unterzeichnet haben, sprechen dem Vorhaben grundsätzlich die Legitimität ab, „[d]enn Samen, die die Menschheit heute ernähren und die die großen Firmen kommerzialisieren, sind das Ergebnis einer kollektiven Arbeit der Menschen seit mehr als zehntausend Jahren.“ Zudem warfen die Initiativen Macri und seinen Koalitionspartnern vor, das „ley BAY-

ER-MONSANTO“ unter Umgehung demokratischer Prinzipien hinter verschlossenen Türen gemeinsam mit den Agro-Riesen ausgeklüngelt zu haben. Und einstweilen hatten die Aktivist*innen Erfolg. Am 21. November 2018 kam in den Parlamentsausschüssen keine Einigung über den Umgang mit dem Paragrafen-Werk zustande. Aber im nächsten Jahr steht es auf Wiedervorlage.

Laumann bei BAYER

In Tateinheit mit LANXESS hatte BAYER einst den Plan der Fachhochschule Köln, am Stammsitz des Konzerns in Leverkusen eine veritable Zweitniederlassung aufzumachen, mit einer Million Euro gefördert. „Ich musste nicht lange überlegen, ob wir von BAYER den Campus unterstützen wollen. Die Fachhochschule Köln mit ihrer ausgewiesenen Nähe zur Praxis ist ein Projekt, von dem wir alle profitieren“, so der damalige Forschungsvorstand und heutige Aufsichtsrat Wolfgang Plischke zur Begründung. Am 18. Oktober weihte die Bildungsstätte, die sich heute „Technische Hochschule Köln“ nennt, die als Lehr-Modell dienende Miniatur-Ausgabe einer Produktionsanlage ein, den „MultiPlant-Center 4.0“. Und als Ehrengast war der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Karl-Josef Laumann (CDU), zur Stelle.

Pinkwart bei BAYER

Der Leverkusener Multi zählt zu den Partner-Unternehmen der „Fachhochschule der Wirtschaft“ (FHDW), die ihren Sitz in Bergisch-Gladbach hat. Darum richtete er 2018 die Feierstunde zur Überreichung der Bachelor-Urkunden im BAYER-Casino aus. Und die Studierenden erhielten ihre Zeugnisse noch dazu aus prominenter Hand: Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) gab sich für den Job her.

PROPAGANDA & MEDIEN

PR-Offensive in Sachen „MONSANTO“

Die mit der MONSANTO-Übernahme verknüpften Erwartungen erfüllen sich für den Leverkusener Multi bisher nicht. Dafür sorgen vor allem die Risiken und Nebenwirkungen des Herbizids Glyphosat. Der erste Schadensersatz-Prozess endete mit einem Schuldspruch und einer saftigen Geldstrafe, was die Aktie des Konzerns in den Sinkflug versetzte. Daher sah sich das Unternehmen genötigt, eine PR-Offensive zu starten. Es scheute weder Kosten noch Mühe und flog Journalist*innen großer deutscher Medien nach St. Louis in die ehemalige MONSANTO-Zentrale ein. Dort ließ der Global Player sie dann mit dem Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann und dem Agro-Chef Liam Condon zu Abend speisen und arrangierte außerdem noch einen Lokaltermin mit BAYERs Vorzeige-Bauer Mark Scott. Der gibt dann – was Wunder – zu Protokoll, Glyphosat ganz toll zu finden und auch gerne jedes Jahr wieder Lizenz-Gebühren für Gentech-Saatgut zu zahlen. „Es sind Geschichte wie die von Mark Scott, mit denen BAYER wieder an Meinungshoheit gewinnen will – beim umstrittenen Herbizid Glyphosat wie beim Kauf von MONSANTO insgesamt“, charakterisierte das *Handelsblatt* Sinn und Zweck der Übung treffend. Blätter wie die *Süddeutsche Zeitung* und die

Frankfurter Allgemeine Zeitung hingegen spielten das Spiel mit, reichten die Worte Scotts dienstbeflissen weiter und betätigten sich damit als willige publizistische Helfer*innen von Baumann & Co. In einem Leserbrief an die Faz kritisierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN diesen journalistischen Offenbarungseid. „Ihr Autor Roland Lindner hängt den Beteiligten bloß an den Lippen und gibt sich damit als Resonanz-Boden für eine solche Aktion her, wo er sie als das zu beschreiben hätte, was sie ist: eine reine PR-Maßnahme“, hieß es darin unter anderem.

Passgenaue Glyphosat-Propaganda

Das umstrittene BAYER-Pestizid Glyphosat kommt nicht aus den Schlagzeilen. Wer den Namen des Herbizids in eine Suchmaschine eingibt, kann sich vor Treffern kaum retten. Darum hat der Leverkusener Multi viel in eine passgenaue Online-Desinformationskampagne investiert, so dass beim Aufruf der Webseiten mit Artikeln zum Thema immer gleich eine Anzeige des Konzerns mit erscheint. „Behauptungen zu Glyphosat – was sagt BAYER dazu?“ – mit dieser Frage will das Unternehmen die Leser*innen ködern, die Glyphosat-Propaganda des Konzerns anzuklicken.

Daten-Krake BAYER

BAYER hat einen Deal mit der Gesundheitssparte von ALIBABA, dem chinesischen AMAZON-Pendant, vereinbart. Der Leverkusener Multi sicherte sich den Zugriff auf Milliarden von Konsument*innen-Daten, um passgenaue Marketing-Strategien entwickeln zu können. In den USA arbeitet die Veterinär-Abteilung des Konzerns zu diesem Behufe schon seit 2016 mit der Firma CONSUMER ORBIT zusammen. Deren Dienste versetzen den Global Player in die Lage, „ein Modell zu entwickeln, das uns zeigt, wie unsere Kunden aussehen, wer unsere Produkte nutzt und was für Gewohnheiten diese Personen haben“, wie Marketing-Leiter Doug Yoder beim Abschluss des Geschäfts frank und frei verkündete.

BAYER nutzt Blockchain-Technologie

Bei Blockchains handelt es sich um eine Art virtueller Buchhaltung von Internet-Transaktionen. Anhand der vorgehaltenen Daten-Sätze ermöglicht die Technologie, die im Zuge der Entwicklung der Web-Währung „Bitcoin“ entstand, eine lückenlose Rückverfolgung der einzelnen Schritte. Der Leverkusener Multi will dies nun zur Kontrolle seiner Agenturen für Internet-Werbung nutzen und mittels Blockchains genau nachvollziehen, wie diese den BAYER-Etat einsetzen. Diese Wächter*innen-Funktion übernimmt das Start-up AMINO PAYMENTS für den Konzern.

Soja-Greenwashing

BAYER, CARGILL und andere Agro-Riesen haben im Jahr 2004 gemeinsam mit dem WORLD WILDLIFE FUND (WWF) und der vom holländischen Staat finanzierten NGO Solidaridad den „Round Table on Responsible Soy“ (RTRS) gegründet. Die Tisch-Gesellschaft vergibt Zertifikate für eine sozial- und umweltverträgliche Soja-Produktion und will die Landwirt*innen so zu einer nachhaltigen Arbeitsweise anregen. Gebracht hat das nach Einschätzung der Initiative ASEED EUROPE allerdings nichts. Die Teilnahme an dem Prüf-Prozess geschieht nämlich auf freiwilliger Basis. Zudem machen es die Anforderungen den Soja-Baron*innen leicht. We-

der die Abholzung des Regenwaldes noch exzessiver Pestizid-Gebrauch stellen Ausschluss-Kriterien dar. Deshalb wertet ASEED das Ganze als Greenwashing-Aktion von BAYER & Co.

Hilfe à la BAYER

BAYERs Agro-Sparte hat ihre Lektion gelernt und vergisst bei kaum einer geschäftlichen Operation zu erwähnen, wie sehr diese doch der Nachhaltigkeit und dem Wohl gerade der Kleinbauern und -bäuerinnen diene. Auch einige Vorzeige-Projekte brachte sie in diesem Bereich schon an den Start. Eines führt der Leverkusener Multi mit der in Sachen „Greenwashing“ beschlagenen, vom holländischen Staat finanzierten NGO Solidaridad durch (s. o.). Diese lobt den Global Player dann auch in den höchsten Tönen. „Die große Fach-Kompetenz von BAYER in der Landwirtschaft und Nahrungsmittel-Produktion wird uns helfen, echte Veränderungen herbeizuführen – für die Menschen und den Planeten“, verkündet die Geschäftsführerin Michaelyn Baur. Gemeinsam wollen die Partner „vor allem die Produktivität der Kleinbauern erhöhen, beispielsweise indem sie die Landwirte schulen und ihnen helfen, soziale und ökologische Zertifizierungsstandards zu erfüllen“. Die Kriterien lassen allerdings wie schon beim Soja-Roundtable (s. o.) zu wünschen übrig. So reicht es für das Öko-Label schon, weniger als fünf Kilo Pestizide pro Hektar auszubringen und auf bereits verbotene oder geächtete Ackergerichte zu verzichten.

BAYER betreibt Bluewashing

Selbstgestrickte, kaum kontrollierte Zertifizierungssysteme mit laschen Kriterien stellen für die Agro-Riesen derzeit das Mittel der Wahl dar, um sich als große Kümmerer in Sachen „Nachhaltigkeit“ zu inszenieren (s. o.). Der Leverkusener Multi hat mit BayG.A.P. sogar ein haus-eigenes Siegel entwickelt. Für dieses strebt er nun auch noch akademische Ehren an. Der Konzern hat dem UNESCO-Lehrstuhl „Science and Innovation für Sustainable Development: Global Food Production and Safety“ nämlich angetragen, die BAYER-Entwicklung mit in die Lehrpläne aufzunehmen. Und das ging auch glatt durch, was nicht weiter wundert. Den Lehrstuhl hat nämlich die „Triptolemos Foundation“ spendiert, eine von NESTLÉ und anderen Lebensmittel-Konzernen alimentierte Organisation, die sich dem Agro-Riesen zufolge „für die Ernährungssicherheit und ein gerechteres Welternährungssystem“ einsetzt. Erneut gelang es dem Global Player damit, eine UN-Organisation für seine PR-Manöver in Dienst zu nehmen und so Bluewashing zu betreiben. Er kooperiert bereits mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und gehört zusammen mit SHELL, DAIMLER und anderen Big Playern zu den Unterzeichnern des Global Compacts, eines unverbindlichen UNO-Vertrags-

werkes zur Umsetzung internationaler Menschenrechte-, Sozial- und Umweltstandards.

DRUGS & PILLS

CIPROBAY & Co.: neue Warnhinweise

Antibiotika mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Fluorchinolone wie BAYERs CIPROBAY haben viele schwerwiegende Nebenwirkungen (siehe auch SWB 3/18). Und immer wieder kommen neue dazu. Darum hatte das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) bei der Europäischen Arzneimittel-Behörde ein europäisches Risiko-Bewertungsverfahren für die Fluorchinolone angestoßen. Die EMA konnte sich allerdings nicht zu größeren Maßnahmen durchringen. Während die Geschädigten weitgehende Forderungen, die bis zu einem Komplett-Verbot der Mittel reichten, aufgestellt hatten, beließ es die Behörde dabei, eine Änderung des Beipackzettels anzuordnen. Jetzt müssen die Hersteller darauf zusätzlich vor Aorten-Aneurysmen und -dissektionen – krankhaften Ausweitungen der Hauptschlagader verbunden mit der lebensbedrohlichen Gefahr eines Risses – warnen.

95.271 XARELTO-Nebenwirkungen

BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO (Wirkstoff: Rivaroxaban) hat zahlreiche Nebenwirkungen. Bis zum 11. Dezember 2018 hat die Europäische Arzneimittel-Behörde EMA 95.271 Meldungen über solche erhalten. Die meisten durch XARELTO hervorgerufenen unerwünschten Arznei-Effekte betrafen den Magen-Bereich und das Nervensystem. Die tatsächliche Zahl der Gegen-Anzeigen dürfte noch weit höher liegen. 66.166 Zwischenfälle ereigneten sich nämlich in Staaten außerhalb der EU, und hier stützt sich die EMA nur auf vom Leverkusener Multi selber übermittelte Informationen.

Neue XARELTO-Zulassung

Ungeachtet der vielen Nebenwirkungen von XARELTO, die sogar schon zu Abbrüchen von Zulassungsstudien wegen der Häufung von Todesfällen geführt haben (s. u.), gelingt es dem BAYER-Konzern immer wieder, seinem Gerinnungshemmer neue Anwendungsgebiete zu erschließen. So erteilten die US-Behörden im Oktober 2018 einer Kombinationstherapie von XARELTO und Acetylsalicylsäure zur Behandlung von Patient*innen mit chronischen koronaren Herzkrankheiten oder Venen-Verschlüssen eine Genehmigung.

BAYER bricht XARELTO-Studie ab

Obwohl der Gerinnungshemmer XARELTO zahlreiche Risiken und Nebenwirkungen hat (s. o.), sucht BAYER permanent nach neuen Anwendungsgebieten für seinen Milliarden-Seller. So wollte der Konzern das Präparat gerne bei Patient*innen einsetzen, die gerade eine künstliche Herzklappe erhalten hatten. Eine entsprechende Studie musste der Pharma-Riese wegen einer Häufung von Todesfällen jedoch abbrechen. 6,8 Prozent der Test-Teilnehmer*innen, die XARELTO einnahmen, starben durch Thrombo-Embolien oder Blutungen. In der Kontrollgruppe lag die Zahl nur bei 3,3 Prozent.

Mehr als
100.000
Zugriffe
wöchentlich.



www.CBGnetwork.org

BAYER bricht Vilaprisan-Studie ab

Der Leverkusener Multi musste eine klinische Studie mit dem Wirkstoff Vilaprisan abbrechen. Die zur Behandlung von Gebärmutter-Geschwüren vorgesehene Substanz wartete in Toxizitätsuntersuchungen nämlich mit alarmierenden Befunden auf. „Wir haben uns daher vorsorglich entschieden, die Aufnahme in unser laufendes Programm einzustellen und die Daten auszuwerten“, gab BAYERS Pharmaforschungschef Jörg Möller bekannt.

Kein GLUCOBAY bei Herz-Krankheiten

BAYERs Diabetes-Präparat GLUCOBAY (Wirkstoff: Acarbose) schafft es nicht, Herz/Kreislauf-Erkrankungen vorzubeugen. Das zeigten die Ergebnisse des vom Leverkusener Multi finanzierten „Acarbose Cardiovascular Evaluation Trials“. Noch nicht einmal auf seinem angestammten Gebiet entfaltete das Präparat viel Wirkungskraft. Gerade einmal um 18 Prozent konnte er das Risiko von Menschen mit erhöhten Blutzucker-Werten senken, richtig zuckerkrank zu werden. Nicht umsonst bescheinigte der Pharmazeut Gerd Glaeske dem Mittel schon vor Jahren, „gerade mal so wirksam wie Müsli“ zu sein. Dennoch machte der Konzern damit 2017 einen Umsatz von 563 Millionen Euro. Dazu trägt vor allem der Absatz in China bei, dort kommt GLUCOBAY auf einen Marktanteil von 66,4 Prozent.

DUOGYNON-Studie unter Einfluss

Ein hormoneller Schwangerschaftstest der heute zu BAYER gehörenden Firma SCHERING hat ab den 1950er Jahren zu tausenden Totgeburten geführt. Darüber hinaus kamen durch das unter den Namen DUOGYNON und PRIMODOS vertriebene Medizin-Produkt bis zum Vermarktungsstopp Anfang der 1980er Jahre unzählige Kinder mit schweren Missbildungen zur Welt. Geschädigte oder deren Eltern fordern den Leverkusener Multi deshalb auf seinen AktionärInnen-Versammlungen seit Jahren dazu auf, die Verantwortung dafür zu übernehmen, bislang allerdings vergeblich. Von der Politik verlangt das NETZWERK DUOGYNON ebenfalls Maßnahmen. Und tatsächlich tat sich bereits einiges. So gab das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) im Jahr 2011 bei Dr. Christof Schaefer von der Berliner Charité eine Studie in Auftrag. Diese entlastete das Präparat jedoch. Allerdings war Schaefer nicht ganz unvoreingenommen: Während der Arbeit an seiner Untersuchung bezog er Honorare von BAYER. Wegen dieses Interessenskonfliktes musste er bereits seinen Platz in der britischen Expert*innen-Kommission zu dem Schwangerschaftstest räumen. Die Große Koalition zweifelt aber dennoch weder an seiner Person noch an seiner Arbeit. „Die Bundesregierung geht nach den vorliegenden Informationen weiterhin davon aus, dass es keine belastbaren Informationen für eine Befangenheit des Herrn Prof. Christof Schaefer in dieser Angelegenheit gibt“, heißt es in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Auf das ehemalige Bundesgesundheitsministerium (BGA), das ab den 1970er Jahren mit dem Produkt befasst war, lassen CDU und SPD ebenfalls nichts kommen. Obwohl in der entsprechenden Abteilung einst auch eine Person beschäftigt war, die sich selber als „Advokat der Firma SCHERING“ bezeichnete und das Unternehmen mit internen Informationen aus dem Ministerium versorgte, befinden Merkel & Co., dass das Bundesgesundheitsministerium damals „in sei-

ner Gesamtheit seiner Verantwortung (...) nachgekommen ist“. Und weiteren Handlungsbedarf in der Sache, die nicht wenige schon mit dem Contergan-Skandal vergleichen, sieht die Bundesregierung nicht. Die grüne Bundestagsabgeordnete Maria Klein-Schmeink warf ihr deshalb ein „völliges Desinteresse an einer Aufklärung im Fall DUOGYNON“ vor.

Neue Studie: DUOGYNON ist gefährlich

Die Universität Oxford hat unter Leitung des Medizin-Professors Carl Heneghan in einer Meta-Analyse bisher vorliegende Studien zum Schwangerschaftstest DUOGYNON, den der heute zu BAYER gehörende Konzern SCHERING bis Anfang der 1980er Jahre vermarktete, ausgewertet. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Für das Auftreten von Fehlbildungen im Rektalbereich, bei den Gliedmaßen und Nieren sowie von Herz-Fehlern, Schädigungen des Nerven-, Muskel- oder Skelett-Systems erhöht DUOGYNON das Risiko um das 1.4- bis 7.47-Fache. „Die Beweise zeigten, dass die Wirkungsrichtung zeigte, dass ein Zusammenhang mit angeborenen Fehlbildungen bestand. Es war ein klarer Zusammenhang für alle angeborenen Fehlbildungen, aber auch spezifischere Fehlbildungen: Herz-Missbildungen, Muskel/Skelett-Fehlbildungen, neurologische und neuro-genetische Fehlbildungen. Es war alles klar: Er gibt eine eindeutige Verbindung“, resümierte Heneghan die Ergebnisse. Mit Verweis auf die Arbeit des Mediziners forderte die Patient*innen-Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Martina Stamm-Fibich, gemeinsam mit dem CSU-Politiker Dr. Stephan Pilsinger eine „umfassende und restlose Aufklärung des mutmaßlichen Arzneimittel-Skandals um DUOGYNON“ sowie Entschädigungen. Auch BAYER sahen die beiden „hier in der Pflicht“. Zu ähnlich alarmierenden Befunden wie Carl Heneghan kam überdies unlängst eine Arbeit von Samantha Brown und ihrem Team, die das Fachblatt *Scientific Reports* veröffentlichte. All das lässt die bundesdeutsche Entlastungsstudie von Christof Schaefer (s. o.) in noch dubioserem Licht erscheinen.

DUOGYNON: Beschäftigter warnte

In Großbritannien berichtete der Nachrichten-Kanal *Sky News* über die Studie des Oxforder Professors Carl Heneghan zum Schwangerschaftstest DUOGYNON, den der heute zu BAYER gehörende Konzern SCHERING bis Anfang der 1980er Jahre vermarktete (s. o.). Dabei befragten die Journalist*innen auch die ehemalige Beschäftigte Sandra Malcolm, die Brisantes zu erzählen hatte. Sie gab zu Protokoll, dass die SCHERING-Wissenschaftler*innen selber um die Gefährlichkeit des Mittels wussten. Als die Frau es 1971 für den Eigenbedarf nutzen wollte, riet ihr ein Kollege eindringlich ab. „Ich kann es ihnen nicht geben, weil es nicht funktioniert und Missbildungen hervorrufen kann“, bekam sie damals zur Antwort. Von da an sollte es noch sieben Jahre dauern, bis das Präparat in England vom Markt verschwinden musste.

Kooperation mit PEPTIDREAM

BAYER hat eine Zusammenarbeit mit der japanischen Biotech-Firma PEPTIDREAM vereinbart. Die beiden Unternehmen wollen gemeinsam Arzneien zur Behandlung von Krebs- und Herz/Kreislauf-Erkrankungen entwickeln. Ihren Ansatzpunkt dabei bilden Proteine, die eine Rolle bei der Entstehung dieser Leiden spielen.

Die Forscher*innen suchen auf der Basis der Substanz-Bibliothek von PEPTIDREAM nach Stoffen, welche auf diese krankheitsrelevanten Eiweiße einwirken können.

GENE & KLONE

Gentech-Gras kreuzt aus

Die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO hatte gemeinsam mit dem Unternehmen SCOTTS das gentechnisch manipulierte Gras RRCB entwickelt, das gegen das Herbizid Glyphosat resistent ist. In 21 Bundesstaaten der USA pflanzten die beiden Unternehmen es zu Test-Zwecken an. Aber die Laborfrucht wurde bald übergriffig und kreuzte sich in natürliche Sorten ein. Daraufhin mussten MONSANTO und SCOTTS ihre Vermarktungspläne stoppen und eine Strafe in Höhe von 500.000 Dollar zahlen. Aber das RRCB ließ sich nicht kleinkriegen. 2011 tauchte es großflächig in Oregon auf, dem Zentrum der globalen Grassamen-Zucht. Entsprechend alarmiert reagierten die dortigen Firmen. MONSANTO und SCOTTS beseitigten den Schaden daraufhin so gut es ging und versuchten sich anschließend abzusichern. Sie trotzten dem Staat das Versprechen ab, das Kraut nachträglich zu genehmigen und gaben dafür das Versprechen ab, das Gentech-Gras bis 2023 nicht in Umlauf zu bringen. Im Januar 2017 stellte die Trump-Administration dann die Zulassung aus. Und jetzt wächst das RRCB ganz legal, was es nicht zu knapp tut, und trägt seine Glyphosat-Resistenz in die Welt hinaus.

WASSER, BODEN & LUFT

Weiter Forderungen nach Kombi-Lösung

Vor rund zwei Jahren begann der Widerstand gegen den Ausbau der Autobahn A1 und die Errichtung einer neuen Rhein-Brücke. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN beteiligte sich daran, denn im Zuge der Arbeiten wollte der „Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen“ Hand an BAYERs altes Dhünau-Giftgrab legen und damit unkalkulierbare Risiken heraufbeschwören. Im Oktober 2017 scheiterten jedoch zwei Klagen gegen das Projekt, und damit war für Straßen.NRW der Weg frei. Schon Mitte Dezember 2017 begann die Landesgesellschaft mit der Realisierung des Vorhabens inklusive der Öffnung der Büchse der Pandora. Aber da es sich nur um den ersten Bauabschnitt handelt, ist das Schlimmste noch zu verhindern. Deshalb streiten die Leverkusener*innen unermüdlich weiter für eine Kombilösung. Diese sieht nämlich neben einem langen Tunnel eine Sanierung der Rheinbrücke auf den alten Fundamenten vor, was weitere Eingriffe ins Erdreich ersparen würde. Die Initiative LEV MUSS LEBEN! brachte dazu auch einen Bürgerantrag in den Stadtrat ein, der allerdings keine Mehrheit fand. Darüber hinaus traf sich der Leverkusener Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD) mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Thomas Kutschaty, um Möglichkeiten auszuloten, der Kombilösung in Düsseldorf und Berlin mehr Gehör zu verschaffen.

STANDORTE & PRODUKTION

Dormagen: Wer zahlt die neue Brücke?

Im Zuge des Ausbaus der A57 zwischen Neuss-Süd und Dormagen muss der Landesstraßen-Betrieb Straßen.NRW die Brücke abreißen, die viele Beschäftigte von BAYER und anderen im Dormagener Chem-„Park“ angesiedelten Unternehmen auf dem Weg zu ihrer Arbeit nutzen. Für die sonstige Verkehrsinfrastruktur spielt das Bauwerk aus Sicht des Landes keine Rolle, deshalb will es auf einen Neubau verzichten – es sei denn, BAYER & Co. kommen für die Kosten auf. Der Leiter des Chem-„Parks“, Lars Friedrich, sondiert derzeit die Chancen für eine solche Lösung: „Die Brücke Klein Sasserdorf ist dem Chem-„Park“ und seinen Mitarbeitern wichtig. Deshalb prüfen wir mit den Unternehmen im Chem-„Park“ die finanziellen Bedingungen für eine Ersatz-Brücke. Sofern sich die Bedingungen für den Chem-„Park“ als tragbar erweisen, gehen wir davon aus, dass der Neubau im Spätsommer im Verfahren berücksichtigt wird.“ So ganz ohne Streit um das Geld mit Straßen.NRW dürfte das jedoch kaum über die Bühne gehen.

Neue Saatgut-Anlage in der Ukraine

Die Ukraine galt wegen ihrer fruchtbaren Böden einst als Kornkammer Europas. Gegenwärtig leidet die Landwirtschaft des Staates jedoch unter dem Konflikt mit Russland und dem sanktionsbedingten Wegfall der dortigen Absatz-Märkte. Der Leverkusener Multi aber setzt weiter auf das Land. In Pochuiky hat eine neue Aufbereitungsanlage BAYERs für Mais-Saatgut ihren Betrieb aufgenommen. 2.500 Bauern und Bäuer*innen des Staates will der Global Player von der Fertigungsstätte aus mit Saaten beliefern und bald auch für den Export produzieren.

ÖKONOMIE & PROFIT

HV stimmt über Vorstandsgehälter ab

Die neue europäische Richtlinie zur Regelung der Aktionär*innen-Rechte sieht vor, künftig die Hauptversammlungen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat abstimmen zu lassen. Bei der Umsetzung in nationales Recht stellt Brüssel es den Mitgliedsländern allerdings frei, ob sie die Voten für verbindlich erklären wollen. Da mussten Merkel & Co. nicht lange überlegen. „Deutschland hat sich für die weniger scharfe Variante entschieden“, heißt es in einem Artikel der *Faz* über den Referent*innen-Entwurf aus dem Justiz-Ministerium. Der Zeitung zufolge plant die Große Koalition die Einführung von zwei Referenden. Die Aktionär*innen müssen bei größeren Veränderungen der Gehälter – mindestens aber alle vier Jahre – gefragt werden. Zudem können sie bei jeder Hauptversammlung zu dem Vergütungsbericht, den die Aktien-Gesellschaften vorzulegen haben, ihre Stimme abgeben. Zu der Ausgestaltung dieses Berichtes gibt es auch schon Vorgaben wie z. B. die Verpflichtung darzulegen, in welchem Verhältnis die Bezüge der Manager*innen zu denen der übrigen Belegschaft stehen.

CBG-Gegenanträge in *finanztrends*

Auch die Finanzbranche nimmt Notiz von den Gegenanträgen, welche die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) regelmäßig zu den BAYER-Hauptversammlungen stellt, um die Aktionär*innen zur Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat aufzufordern. So las das Web-Portal *finanztrends* – „Deutschlands größte Finanz-Redaktion“ – den Antrag genauer, in dem die CBG die Aktien-Halter*innen wegen BAYERS MONSANTO-Deal dazu aufrief, mit „Nein“ zu stimmen. „Es ist ganz interessant, sich im Hinblick auf die MONSANTO-Übernahme durch BAYER einmal die Unterlagen zur vorigen ordentlichen Hauptversammlung von BAYER anzuschauen. Dort gab es diverse Gegenanträge, die auf der Internet-Seite von BAYER veröffentlicht sind. Im Gegenantrag der sogenannten ‚COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)‘ wird da auf den BAYER-Vorstandsvorsitzenden verwiesen, der bei einer Veranstaltung ausgeführt haben soll, dass anfangs ‚die gesamte Führungsriege gegen die Transaktion gewesen‘ sei. Ein Umdenken habe demnach die Übernahme von SYNGENTA (...) durch CHEMCHINA bewirkt. Ob das so war, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden – es findet sich jedenfalls frei zugänglich in den Gegenanträgen der vorigen BAYER-Hauptversammlung.“ Der Autor sieht nun die frühe Skepsis der Chef-Etage, von der er offenbar nichts wusste, durch die spätere Entwicklung mit dem Absturz der Aktie des Leverkusener Multis nach dem ersten Glyphosat-Prozess bestätigt und resümiert: „Nun ist man natürlich im Nachhinein immer schlauer. Doch das MONSANTO kein unumstrittenes Unternehmen ist und dass da auch diverse Rechtsstreitigkeiten offen sind, das ist auch vor der Übernahme durch BAYER kein Geheimnis gewesen, und es lässt sich fragen, ob die diesbezüglichen Risiken korrekt eingeschätzt worden sind.“

IMPERIUM & WELTMARKT

BAYER dominiert den Agro-Markt

Durch die Übernahme von MONSANTO nimmt BAYER nach Recherchen der Initiative ETC-GROUP in den einzelnen Segmenten des Agro-Geschäfts Top-Positionen ein. Beim Saatgut ist der Konzern mit einem Markt-Anteil von 33 Prozent die Nummer 1, gefolgt von CORTEVA (21,3 Prozent), CHEMCHINA (7,4 Prozent), LIMAGRAIN (4,8 Prozent) und KWS (3,9 Prozent). Im Pestizid-Bereich nimmt der Global Player mit einem Markt-Anteil von 22,9 Prozent Rang 2 ein und muss nur knapp dem Unternehmen CHEMCHINA den Vortritt lassen, das auf 23,5 Prozent kommt. Hinter den beiden Multis folgen abgeschlagen BASF (12,4 Prozent), CORTEVA (11,3 Prozent) und FMC (4,6 Prozent).

RECHT & UNBILLIG

ONE-A-DAY wieder vor Gericht

BAYERS Vitamin-Präparate aus der „One-A-Day“-Produktreihe, denen viele Fachleute jeglichen Nutzen absprechen, beschäftigen in den USA immer wieder die Gerichte. Wegen unwahrer

Behauptungen über die heilsamen Wirkungen der bunten Pillen musste der Leverkusener Multi schon Strafen in 2-stelliger Millionen-Höhe zahlen. Im Moment verhandeln die Richter*innen eine Sammelklage über einen Etiketten-Schwindel bei der Weingummi-Version des Nahrungsergänzungsmittels. Hier reicht das annoncierte „One-A-Day“ nämlich nicht aus, um den Tagesbedarf zu decken. „Selbst Richter können gut genug rechnen, um festzustellen, dass 2 nicht gleich 1 ist“, urteilten die Jurist*innen vom „Fourth District Court of Appeal“ der Stadt Santa Ana und kassierten damit ein früheres Urteil. Deshalb kann das Verfahren jetzt weiterlaufen.

Palau verbietet Sonnencremes

Durch badende Strandurlauber*innen gelangen große Mengen von Sonnencreme in die Meere. Bestimmte Mittel können dabei Korallen und anderen aquatischen Lebewesen schaden. Darum hat der US-amerikanische Bundesstaat Hawaii angekündigt, Produkte mit den Beistoffen Oxybenzon und Octinoxat, wie BAYER sie etwa unter dem COPPERTONE-Label vertreibt, ab 2021 zu verbieten. Der Leverkusener Multi protestierte umgehend: „Die Verwendungen von Sonnencreme-Ingredienzien zu verbieten, welche die ‚Food and Drug Administration‘ (die US-amerikanische Gesundheitsbehörde, Anm. *Ticker*) als effizient und sicher ansieht, schränkt nicht nur die Wahlfreiheit der Konsumenten ein, sondern unterminiert auch die Hautkrebs-Vorsorge.“ Nichtsdestotrotz folgte im November 2018 die Pazifik-Insel Palau dem Beispiel Hawaii. Sie will den Gebrauch der Cremes schon ab dem 1. Januar 2020 untersagen.

ASPIRIN PLUS C & Co. abgemahnt

Das Oberlandesgericht Stuttgart verfügte eine Werbe-Einschränkung für ASPIRIN und andere acetylsalicylsäure-haltige Mittel, die zusätzlich Vitamin C enthalten. Die Aussage „Vitamin C unterstützt das Immunsystem“, mit denen BAYER etwa ASPIRIN PLUS C FORTE anpries, dürfen die Hersteller künftig nicht mehr machen. Für einen solchen Anwendungszweck haben die Präparate nämlich gar keine Zulassung, urteilten die Richter*innen.

Viele CIPROBAY/AVELOX-Klagen

„Die Aufwendungen für wesentliche rechtliche Risiken betragen im Geschäftsjahr 258 Millionen Euro (Vorjahr: 262 Millionen Euro) und beinhalteten wie im Vorjahr überwiegend Aufwendungen im Zusammenhang mit rechtlichen Verfahren für die Produkte XARELTO, ESSURE und CIPRO/AVELOX“, heißt es in BAYERS Geschäftsbericht für 2017. Zu den AVELOX-Aufwendungen zählen beispielsweise die Anwaltskosten in dem Prozess, den Linda Rodriguez in den USA gegen das Unternehmen angestrengt hat. Die Frau aus Hawaii macht die Nebenwirkungen des Antibiotikums für die massiven gesundheitlichen Probleme verantwortlich, unter denen sie leidet, und fordert vom Leverkusener Multi Schadensersatz.

Dicamba-Gebrauch eingeschränkt

Das BAYER-Herbizid Glyphosat steht vor allem wegen seiner Schädlichkeit für die Gesundheit in der Kritik. Dicamba dagegen hat andere Risiken und Nebenwirkungen. Landwirt*innen machen das Ackergift, das hauptsächlich in Kombination mit gen-

manipulierten Labor-Kreationen Verwendung findet, für Ernteschäden verantwortlich. Das Pestizid bleibt nämlich nach dem Ausbringen nicht einfach an Ort und Stelle, sondern verflüchtigt sich. Der Wind trägt es von den gegen das Mittel resistenten Genpflanzen hin zu den konventionellen Ackerfrüchten, die nicht gegen den Stoff gewappnet sind und deshalb eingehen. Auf einer Fläche von rund 1,25 Millionen Hektar starben Pflanzen schon durch das Herbizid ab, das die Konzerne in Ermangelung neuer Wirkstoffe in ihren Labors wieder aus der Mottenkiste geholt hatten. Der Leverkusener Multi lässt trotzdem nichts auf das Produkt kommen und weist den Bauern und Bäuerinnen selber die Schuld an den Flurschäden zu. Von unsachgemäßer Anwendung spricht der Konzern. Die US-amerikanische Umweltbehörde EPA schloss sich dieser Einschätzung nicht an. Sie verlängerte die Zulassung des Mittels im November 2018 bloß um zwei Jahre und schränkte überdies den Gebrauch ein. Die Landwirt*innen müssen bei Soja nach dem Anpflanzen eine Karenz-Zeit von 45 Tagen einhalten, ehe sie Dicamba ausbringen dürfen und bei Baumwolle sogar 60 Tage. Zudem gilt es für sie, sich beim Sprühen an bestimmte Tageszeiten zu halten und Pufferzonen anzulegen, um Insekten und andere Tier-Arten besser zu schützen.

BAYER geht gegen GAUCHO-Verbot vor

Im April 2018 zog die Europäische Union die BAYER-Pestizide GAUCHO (Wirkstoff: Imidacloprid) und PONCHO (Wirkstoff: Clothianidin) sowie die SYNGENTA-Substanz Thiamethoxam wegen ihrer Bienengefährlichkeit endgültig aus dem Verkehr. Aber der Leverkusener Multi gab nicht auf. Vor dem Europäischen Gerichtshof war nämlich noch die Klage der beiden Agro-Riesen gegen das im Jahr 2013 von Brüssel erlassene vorläufige Verbot anhängig. Allerdings zerstob auch diese Hoffnung bald. Mitte Mai 2018 erklärten die Richter*innen den 2013 verhängten Bann für rechtens. Selbst das entmutigte die Konzerne jedoch nicht. Sie legten Berufung gegen das Urteil ein.

FORSCHUNG & LEHRE

BAYER & Co. kapern Universitäten

Die bundesdeutschen Universitäten geraten immer mehr in Abhängigkeit von der Industrie. Mittlerweile bestreiten sie bereits rund die Hälfte ihres Etats aus Drittmitteln und projekt-bezogenen Zahlungen des Bundes. Vor zehn Jahren machten diese Gelder nur rund ein Viertel des Haushaltes der Bildungseinrichtungen aus. Von BAYER erhielten dem jüngsten Transparenz-Bericht des Konzerns zufolge 38 Hochschulen Zuwendungen. Zumeist handelte es sich dabei um Universitätskliniken, die für das Unternehmen Pharma-Forschung betrieben. Summen bis zu 88.000 Euro heimsten sie dafür ein. Damit nicht genug, finanziert der Leverkusener Multi auch noch einige Lehrstühle wie z. B. in der Vergangenheit den für „Nachhaltige Landnutzung und Klimawandel“ an der Berliner Humboldt-Universität.



IMPRESSUM

Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins Stichwort BAYER. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
 Fon: 0211/33 39 11
 Fax: 0211/33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.
 Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.